

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinst täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, bezugspreis bei Bestellungen monatlich 2 M., durch unsere Vertreter gegenbar in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postboten haben unsere Anzeigen und Geschäftsstellen kostenlos bezogen. In Falle Abwesenheit, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen, bei der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 20 M. für die 6-spaltige Receptzeile oder deren Raum, Anzeigen, die 2-spaltige Receptzeile 10 M. Bei Wiederholung und Interessenausgleich entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen, im amtlichen Teil (für den Behörden) die 2-spaltige Receptzeile 20 M. Nachzahlungsbetrag 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anstalt gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästler, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 293

Freitag den 16. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Die bis jetzt von der Bauverwalterei Meissen bewirkten Kassengeschäfte sind am 12. d. M. auf die bei dem Straßen- und Wasser-Bauamt Meissen, Hasenstraße 45, eingerichtete Kasse übergegangen.

Meissen, am 14. Dezember 1921. Straßen- und Wasser-Bauamt.

Freitag den 16. Dezember 1921 vormittags 9 bis 1 Uhr

Ausgabe der neuen Brotmarken.

Die Abholung der Marken hat unbedingt an dem bekanntgemachten Tage zu erfolgen. Wilsdruff, am 14. Dezember 1921. Der Stadtrat.

Grumbach.

Dienstag den 20. Dezember 1921 abends 6 Uhr im Gasthof, oberes Zimmer

Öffentliche Schulausschuß-Sitzung.

Tagesordnung an der Bekanntmachungstafel.

Freitag den 16. Dezember 1921 nachmittags von 2—5 Uhr im Gemeindeamt

Brotmarken-Ausgabe

in der üblichen Reihenfolge.

Grumbach, am 15. Dezember 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kesselsdorf.

Die Ausgabe der Brotmarken für die kommende Versorgungsperiode erfolgt am Freitag den 16. Dezember 1921 vormittags von 10—12 Uhr im Gemeindeamt. Die vorgeschriebene Zeit ist unbedingt innezuhalten.

Kesselsdorf, am 15. Dezember 1921.

Der Gemeindevorstand.

Die Herren Gemeindevorstände des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff

machen wir hiermit darauf aufmerksam, daß die Brotmarken für die nächste Versorgungszeit von jetzt ab gegen Ausweis bei uns abgeholt werden können. Der Ausweis muß mit der Unterschrift des betr. Gemeindevorstandes und dem Gemeindestempel versehen sein.

Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tageblatt“.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat an die Pariser Völkervereinigung eine Note gerichtet, worin Regulierung und Ersatz der durch die polnischen Ausschüsse verursachten Schäden gefordert wird.

* Die Krankenversicherungsgrenze soll nach einem dem Reichstage zugangenen Gesetz bis zu einem Einkommen von 40 000 Mark heraufgesetzt werden.

* Der Dollar notierte an der Berliner Mittwochsbörse 176 M.

* Der französische Senator de Rouffe soll Vorkämpfer Frankreichs in Berlin werden. De Rouffe hat eine Deutsche zur Frau.

* Ungarn schafft die allgemeine Wehrpflicht ab und beschränkt das Heer auf 35 000 Mann.

* Das Viermächte-Abkommen (Amerika, England, Frankreich, Japan) zur friedlichen Regelung aller Fragen des Äthiopen Ozeans ist in Washington unterzeichnet worden.

Aus eigener Kraft?

Tiefer und undurchdringlicher als je ist das Geheimnis, das augenblicklich über den Plänen der deutschen Regierung im Hinblick auf die wichtigste Gegenwartsfrage, die Regelung unserer Zahlungsverbindlichkeiten an die Entente, liegt. Der Reichskanzler hatte in Aussicht gestellt, daß er nach der Rückkehr Dr. Rathenau's von London wohl in der Lage sein würde, einige wichtige neue Mitteilungen über die Behandlung dieses Problems zu machen, er hat sich aber nun doch auf ganz wenige Worte für die Öffentlichkeit beschränkt, aus denen beim besten Willen nichts tatsächlich Neues entnommen werden kann. Besonders an der Börse, wo man mit erklärlicher Spannung auf die angekündigten Mitteilungen des Kanzlers wartete, ist man daher sehr recht enttäuscht und zieht den Schluß, der Kanzler habe nichts sagen wollen, weil er überhaupt nichts zu sagen gehabt habe.

Die Mitteilung des Kanzlers, daß der Gesandtschaftsbericht über die Kreditvereinbarung des Gewerbes eine gezielte Grundlage bilden könne, auf der Deutschland an der Regelung seiner Zahlungsverbindlichkeiten mitzuarbeiten imstande wäre, verschiebt das Schwerkraft des ganzen Problems wieder nach unserer Seite, nachdem wochenlang die Aussicht bestanden hatte, daß eine ausländische Aktion, sei es nun in Gestalt einer Anleihe, eines Zahlungsausschusses oder anderweitiger Vereinbarungen unter den Verbündeten zum Zwecke einer Herabsetzung der deutschen Leistungen den Mittelpunkt der Neuregelung bilden würde. Ob Dr. Rathenau in London die Zusage einer Anleihe oder eines Moratoriums erhalten hat, ist heute noch das Geheimnis einiger ganz weniger Eingeweihten, zu denen nicht einmal sämtliche Reichsminister zählen. Nur soviel weiß man, daß, wenn eins von beiden der Fall sein sollte, dann so schwerwiegende Bedingungen daran geknüpft sind, daß der praktische Wert eines solchen Zugeständnisses außerordentlich herabgemindert wird. Vor allem scheint festzustellen, daß irgendwelche Erleichterungen, die wir vom Auslande zu erwarten hätten, noch nicht für die nächste große Zahlung vom 15. Januar in Wirksamkeit treten würden, sondern voraussichtlich frühestens für die übernächste Zahlung am 15. Februar. Nun herrscht zwar in Regierungskreisen eine gewisse Zurechtweisung, daß man denjenigen Teil der Zinsarrate, der bis jetzt noch nicht durch Devisenbestände gedeckt ist, aus eigener Kraft aufbringen könne. 500 Millionen sollen gezahlt werden, und es heißt, daß davon noch rund 150 Millionen fehlen. Ob es aber möglich sein wird, durch eine Anwendung des vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Gesetzent-

wurfes über die Kreditvereinbarung diese Riesensumme in so kurzer Zeit flüssig zu machen, wird stark bezweifelt, und es bleibt dann nur übrig, auf die Goldreserven der Reichsbank zurückzugreifen. Das wäre aber eine Maßnahme, die zweifellos sehr unglücklich auf den Stand der Valuta zurückwirken müßte, denn jede Schwächung der an sich schon zu überaus geringen Golddeckung unserer Papiergeldflut entwertet natürlich die deutsche Mark noch stärker. Deshalb ist man bisher auch vor diesem letzten Schritt immer zurückgeschreckt.

In Regierungskreisen werden darüber hinaus auch politische Maßnahmen von größerer Tragweite erwogen, so z. B. wird der Plan der Erweiterung der Regierungsbasis, wie immer in kritischen Momenten, wieder in den Vordergrund gestellt; denn wenn man die Garantien erfüllen will, die von seiten der Entente selbst für eine kurzfristige Anleihe verlangt wurden (das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen und das Defizit bei der Post und der Eisenbahn zu beseitigen), dann wäre eine Reihe tief eingreifender gesetzlicher Maßnahmen in aller Eile geboten. Neue Meinungen aus Paris sprechen allerdings davon, daß Deutschland eine internationale Anleihe von einer Milliarde Dollar mit Zustimmung der Alliierten demnächst erhalten solle, die mit 7 Prozent verzinst und innerhalb 50 Jahren zurückgezahlt werden soll. Das wäre also der langfristige Kredit, den wir brauchen. Daneben wird weiter berichtet, daß England bereit sei, auf einen Teil seiner Ansprüche an Deutschland zu verzichten, wenn auch Frankreich sich zu einem solchen Verzicht entschließen könnte. In allen diesen Fällen handelt es sich jedoch nur um unverbindliche Mitteilungen der ausländischen Presse, auf die wir in unserer bedrängten Lage keine Häuser bauen können.

Das Gesamtbild stellt sich daher im Augenblick so dar, daß bei den politischen Parteien und bei den großen Erwerbsständen die allergrößten Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Aufbringung der Zinsarrate aus eigenen Mitteln vielleicht noch zu ermöglichen. Zugleich müssen aber auch die politischen Verhandlungen nach dem Auslande nunmehr mit allergrößter Energie auf eine Revision des Zahlungsplanes gerichtet sein, denn, wenn tatsächlich der 15. Januar noch keine Katastrophe bringen sollte, so dürfte dann wohl volle Klarheit darüber bestehen, daß Deutschland aus eigener Kraft den Zusammenbruch dann nicht mehr aufhalten kann.

Aufhebung der Ausfuhrabgaben?

Gerücheweise verlautet aus London, daß man dort Erwägungen anstelle, ob die bevorstehende Ausfuhrabgabe, die Deutschland zu leisten hat, auf die Dauer haltbar sei. Angeblich soll Dr. Rathenau in London erfahren haben, daß man auf diese Abgabe vielleicht verzichten werde. Auch heißt es weiter, daß Dr. Rathenau bald wieder in das Reichsministerium eintreten werde. Beide Meldungen eilen offensichtlich den Tatsachen voraus und sind im Augenblick nur charakteristisch für das Überwuchern der Gerüchte über die wirklich sicheren Nachrichten, wird doch auch von bestimmter Seite in Paris die Nachricht von dem Plan einer Milliardenanleihe für Deutschland bereits wieder in Abrede gestellt.

Neue Einkommensteuersätze vorgeschlagen.

10 Prozent Steuer bis zu 40 000 Mark.
Nebstfach wurde in letzter Zeit die Notwendigkeit hervorgehoben, die Sätze der Einkommensteuer besonders in den mittleren Stufen mit der verminderten Kaufkraft der Mark in Übereinstimmung zu bringen. Dem Reichstag ist jetzt ein Gesetzentwurf durch Initiativantrag der Zentrumsfraktion und der Fraktion der bayerischen Volkspartei zugegangen, der eine Änderung des Einkommen-

steuergesetzes, eine Ermäßigung in dem angegebenen Sinne und einige andere Erleichterungen verlangt. Die Grenze, bis zu der die Steuer 10 Prozent des steuerbaren Einkommens beträgt, soll nach diesem Entwurf von 24 000 auf 40 000 Mark erhöht werden.

Von dem 40 000 Mark übersteigenden Einkommen sollen an Steuern entrichtet werden für weitere angefangene oder vollendete 10 000 Mark 15 Prozent, für weitere 40 000 Mark 25 Prozent. Dann steigt die Staffelung von 35 Prozent in verschiedenen Stufen für weitere 200 000 Mark bis zu 35 Prozent, falls das Einkommen um eine Million über 40 000 Mark hinausgeht und um 60 Prozent für höhere Beträge.

Bisher betrug die Steuer für die Beträge über 24 000 Mark hinaus von den ersten 6000 Mark 20, von den folgenden 5000 Mark 25, von den nächsten 5000 Mark 30, dann wieder für 5000 Mark 35, für eine weitere Stufe von 5000 Mark 40, für die nächsten 70 000 Mark 45 und für die folgenden 80 000 Mark 50 Prozent.

Die Ermäßigungen für den Steuerpflichtigen selbst und die Ehefrau sollen verdoppelt, aber nur bei Einkommen bis zu 40 000 Mark gewährt werden; die Kinderermäßigung dagegen soll bis zu Einkommen von 100 000 Mark bestehen bleiben. Zugunsten der Rentner ist eine stärkere Anrechnung der Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer vorgesehen. Die gesamte Einkommensteuer, nicht nur die Lohnsteuer, soll für das Kalenderjahr (statt des Rechnungsjahres) veranlagt und erhoben werden. Der Gesetzentwurf wird augenblicklich im Steuerausschuß des Reichstages durchberaten.

Deutscher Reichstag.

149. Sitzung. CB. Berlin, 14. Dezember.
In der heutigen Sitzung wurde zuerst das Gesetz über die Postgebührenordnung an den Postauskunft verworfen. Zum Schluß der heutigen Sitzung hatte noch der Reichsminister des Innern energische Töne geschrien bei der Besprechung des französischen Vorgehens im Rheinland. Die französische Rheinlandpolitik hat den Aufbau Europas ungebauer verzögert. Wenn die Franzosen nicht wollen, daß die Rheinlande die Brücke einer friedlichen deutsch-französischen Politik sein sollen, dann werden wir dafür sorgen, daß die Rheinlande ein festes Bollwerk deutscher Kräfte bleiben, bis sie wieder ganz zu uns gehören! Heute ging man an die Beratung des Gesetzes über die Änderung des

Kostensteuergesetzes.

Zu der Vorlage, durch die die Kohlenabgabe auf 40 Prozent erhöht wird, sprach zuerst der Abg. Roenen (Komm.). Er bezeichnete die Vorlage als den Gipfel der Schamlosigkeit und protektierte gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern. Wegen des Ausdrucks „Gipfel der Schamlosigkeit“ rief Präsident Loebe den Redner zur Ordnung.

Abg. Dr. Brauns-Franken (Soz.) erklärte, daß die Erhaben des Vorredners auf die Arbeiterschaft keinen Eindruck machen könnten. Das Beispiel Russlands habe den Arbeitern die Augen geöffnet.

Abg. Roenen (Komm.) wandte sich hierauf gegen die Mehrheitssozialisten, die bismärkischer geworden seien als Bismarck selber. Russland habe nur deshalb noch nichts leisten können, weil es bisher zum Kriegszustand gezwungen war. Es habe aber das Verdienst, den Willen zur Entfernung der Kapitalisten entwickelt zu haben, was man von der Ebert-Republik nicht sagen könne.

Das Gesetz ging an den Ausschuß. Es folgte die erste Lesung des Gesetzes über die Änderung des Tabaksteuer-gesetzes. Diese Vorlage schlug eine Herabminderung der Tabakzölle vor. Nachdem sich die Abg. Geiser (Komm.), Niedner (Soz.), Reichhof (U.-Soz.) und Fischer-Waden (Deutschn.) dazu geäußert hatten, wurde auch diese Vorlage einem Ausschuß überwiesen.

Nebstmann wurde das Gesetz über die weitere Verlängerung der Versicherungspflicht des Lebensversicherungs-gesetzes in allen drei Lesungen angenommen.